

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblatthaus.

Druckerei: 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Gericht:

Tagblatthaus Nr. 6850-53.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Abonnement: Vom Verlag bezogen: M. 8.80, durch die Ausgabestellen bezogen: M. 10.30, durch die Träger ins Haus gebracht M. 12.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Verzögerungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Ortliche Anzeigen M. 2.—, Finanz- und Lustbarkeits-Anzeigen M. 3.—, auswärtige Anzeigen M. 3.—, örtliche Anzeigen M. 7.—, auswärtige Anzeigen M. 10.— für die einseitige Kolonisation oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechender Nachzahlung. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Mittwoch, 15. Februar 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 78. • 70. Jahrgang.

Der Streik gegen das deutsche Volk.

Ministerpräsident a. D. Stegerwald veröffentlicht in der „Köln. Volksztg.“ einen Aufsatz über den Eisenbahnerstreik. Wir entnehmen daraus die folgenden Ausführungen:

Es ist glücklicherweise im deutschen Gewerkschaftsleben bis jetzt noch nie vorgekommen, daß ein Streik in lebensnotwendigen Betrieben so frivol vom Zaun gebrochen wurde, wie in diesem Falle. In der Führung der Gewerkschaften steckt viel Agitationsbedürfnis, aber die Organisationsleiter galten doch seither als Männer, denen man auch einen Blick für größere wirtschaftliche Zusammenhänge zutraut und von denen man das Bewußtsein ihrer vollen Verantwortung erwarten durfte. Diesen Voraussetzungen hat die Reichsgewerkschaft nicht genügt. Ohne sich mit den anderen Organisationen der Eisenbahner und mit den Spitzenorganisationen irgendwie ins Benehmen zu setzen, hat sie rücksichtslos zum Streik der Eisenbahner aufgerufen, der dann im wesentlichen zu einem Lokomotivführerstreik sich gestaltete. Durch diesen Mangel an Ansehensbedürfnis war die Bewegung von vornherein zum Scheitern verurteilt. Immerhin brachte der schließliche Ausfall von nahezu 80 000 Lokomotivführern das deutsche Wirtschaftsleben mehrere Tage lang beinahe vollkommen zum Erliegen. Die am meisten Leidtragenden waren die Arbeitnehmerschichten. Wenn es sich dabei lediglich um einen Wirtschaftskampf im inneren Deutschlands gehandelt hätte, so brauchte man die Sache nicht als so schlimm anzusehen. Allein die außenpolitische Lage des Reichs erfordert in diesen Wochen eine so sorgfältige Behandlung, daß gewalttätige Störungen vom größten Übel sind. Eine Regierung, die nicht in der Lage ist, ihre Autorität im Innern durchzusetzen, besitzt nach außen hin keine Verhandlungsfähigkeit und wäre bei der bevorstehenden Konferenz in Genua zu einer kläglichen Rolle verurteilt gewesen. Ein Staatswesen läßt sich ohne Autorität der öffentlichen Gewalt nun einmal nicht regieren und ist dem sicheren Zerfall ausgesetzt, wenn es ihm nicht gelingt, an die Stelle der Gewalt das Recht und die Vernunft zu setzen. Glücklicherweise hat es in den Kreisen der Eisenbahner nicht an starken Richtungen gefehlt, welche für die Dinge einen schärferen Blick von Anfang an hatten und sich nicht in das Schlepptau agitatorischer und demagogischer Beweggründe nehmen ließen. Schwankend war zwar, wie in solchen Fällen immer, der sozialdemokratische Eisenbahnerverband, der es nicht über sich brachte, eine klare Parole herauszubringen, sondern durch Empfehlung des Gewerkschaftsstandpunktes zunächst dem Streik eine indirekte, wenn auch ungewollte Hilfe leistete.

Um so unzweideutiger war die Haltung der christlich nationalen Eisenbahner, welche verlangten, daß der Verkehr unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse, und welche kurze Zeit nach Ausbruch des Streiks die Genugtuung hatten, daß ihre Haltung von sämtlichen Spitzenorganisationen einschließlich der sozialistischen Richtung gebilligt und mitgemacht wurde. Die dadurch eingetretene Polarisierung der Reichsgewerkschaft und die Kennzeichnung ihres Vorgehens als eines nicht nur ungewerkschaftlichen, sondern gewissenlosen und verbrecherischen, hätte die Streikleitung veranlassen müssen, ihr Unrecht einzusehen und den gegen das ganze Volk und gegen den Bestand des Reichs gerichteten Streik abzublenden. Allein man brachte im Streikausbruch diesen Mut nicht auf und ließ es geschehen, daß vom fünften Streiktag ab sich Kommunisten in die Leitung herein drängten und sich der Bewegung zu bemächtigen suchten. Es gelang ihnen, neben dem Eisenbahnerstreik den Streik der Berliner öffentlichen Arbeiter zu inszenieren und einer Viertel-millionenstadt mehrere Tage Licht, Kraft, Gas und Wasser zu sperren.

Für die Reichsregierung und den Reichstag ist unter solchen Verhältnissen die Frage des Verbots von Besamenskreisen brennend geworden. Die Verordnung des Reichspräsidenten, welche gegenüber einer einheitlichen Eisenbahnerbewegung undenkbar gewesen wäre, hat der Frage bereits weitgehend präjudiziert. Auch wird zu prüfen sein, ob die Eisenbahnverwaltung künftig vorzeitigen Bewegungen gegenüber nicht mehr gewarnt sein muß, als sie es im vorliegenden Falle gewesen war.

Der Schaden, der durch den Streik der deutschen Eisenbahnwirtschaft erwachsen ist, ist unermesslich. Allein im Einnahmefall bei der Eisenbahn und den an den Lokomotiven und sonstigen Betriebseinrichtungen anfallenden Schäden wird man auf rund anderthalb Milliarden Mark beziffern müssen. Der durch das Fehlen der Eisenbahn weggefallene volkswirtschaftliche Reueffekt, insbesondere die Schädigung der Industrie

läßt sich in Ziffern augenblicklich noch nicht darstellen. Es ist das Verheerendste, was man sich denken kann, vom Reich Leistungen zu verlangen, es aber gleichzeitig leistungsfähig zu machen. Den angerichteten außenpolitischen Schaden werden wir auf der Konferenz in Genua zu spüren bekommen.

Man kann für die Not der Eisenbahner volles Verständnis haben und ihnen für die Besserung ihrer Lage alles Gute wünschen — wir tun das von Herzen — und trotzdem muß man die Vorgänge der letzten Tage auf das allerhöchste verurteilen und ablehnen. Leute, die sich kein Gewissen daraus machen, ein ganzes Volk an den Abgrund zu führen, haben keinen Anspruch darauf, in der Gewerkschaftsbewegung noch als Führer anerkannt zu werden!

Eine Entscheidung in der Reparationsfrage.

W. T. B. Paris, 15. Febr. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, scheint eine Entscheidung in der Reparationsfrage getroffen worden zu sein. Die Reparationskommission solle, wie Frankreich es verlangt habe, damit beauftragt worden sein, den Betrag der deutschen Zahlungen für das Jahr 1922 festzusetzen. Alsdann würden die alliierten Finanzminister in London eine Zusammenkunft haben, um gemäß einem britischen Vorschlag sich über die Verteilung der deutschen Zahlungen zu einigen.

Die Berliner Reise des Vertreters der Reparationskommission.

D. Paris, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Über die Berliner Reise des belarischen Mitgliedes der Reparationskommission legt gestern Abend der „Temps“ in einer kurzen Besprechung von Berliner Nachrichten, die Mission Bemelmans betrafte, darin, von der deutschen Regierung gewisse Erleichterungen zu erlangen, die mit den Sachleistungen zusammenhängen.

Kollets Besuch bei Rathenau.

Bb. Berlin, 14. Febr. Über den jüngsten Besuch des Generals Kollet bei Rathenau teilt eine Korrespondenzmeldung mit, daß sich die Unterredung ganz allgemein um den Stand der Abrüstung drehte. Kollet hatte den Wunsch, die Auffassung des neuen Ministers des Innern über die Durchführung der Entwaffnung kennen zu lernen. Er trug den Vorfall Blättermeldungen, die von einer neuen Entwaffnungsnotiz berichteten, wird mitgeteilt, daß neue Entwaffnungsanforderungen nicht gestellt werden.

Die deutschen Schiffsbauten für die Alliierten.

W. T. B. Berlin, 15. Febr. Im § 5 der Anlage 3 zu Teil 8 des Berliner Vertrages ist bestimmt, daß die Reparationskommission binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages der deutschen Regierung die Höhe des auszuliegenden Schiffsräumtes mitteilen wird. Vor einigen Tagen ist nun eine Abordnung der Reparationskommission in Berlin eingetroffen, um mit der deutschen Regierung über die Einzelheiten der für die Alliierten zu bauenden Schiffe zu verhandeln. Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hat die Delegation verlangt, daß jährlich 40 000 Tonnen (Brutto) auf deutschen Werften für die Alliierten gebaut werden sollten.

Ein Wechsel im englischen Rheinlandkommando.

D. London, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Zum Kommandeur der englischen Truppen im Rheinland wird an Stelle von Sir Morland der Sekretär des Kriegsamts Sir Godley ernannt.

Die englischen Truppen am Rhein und in Oberschlesien.

W. T. B. London, 15. Febr. Im Unterhaus fragte Sir Harry Brittain nach der Zahl der britischen Truppen, die augenblicklich am Rhein bzw. in Oberschlesien stünden. Der englische Kriegsminister gab an, daß am Rhein 4700 und in Oberschlesien 4800 Mann seien. Alle diese Truppen würden zurückgezogen werden, sobald ihre Aufgabe beendet sei.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

W. T. B. Genf, 15. Febr. Die deutsch-polnische Konferenz hat gestern nachmittags offiziell ihren Anfang genommen. Präsident Calonder eröffnete die erste Vollversammlung mit einer feierlichen Ansprache an die beiderseitigen Bevollmächtigten und sprach die feste Hoffnung aus, daß der Geist der Verständlichkeit, von dem die beiden Abordnungen bereits in den vorausgegangenen Verhandlungen Beweise abgelegt hätten, die Konferenz zu einem befriedigenden Ergebnis führen werde, wie es den Interessen beider vertretenen Nationen entspreche. Die Bevollmächtigten Deutschlands und Polens dankten dem Präsidenten für die bisherige Leitung der Konferenz und hoben ebenfalls den persönlichen Geist hervor, mit dem sie in die Schlichtungsverhandlungen eintraten. Hierauf wurde auf Antrag Calonders die Arbeitsweise der Vollversammlung festgelegt. Die bekanntlich den endgültigen Text des deutsch-polnischen Abkommens in Ausführung des Beschlusses vom 20. Oktober aufzustellen hat. Das Revisionskomitee wird den Text vorbereiten, nachdem ihm zunächst die wesentlichen Ergebnisse der zehn Unterkommissionen vorgelegt sein werden.

Die Hungertatastrophe in Rußland.

W. T. B. Moskau, 14. Febr. Im Verbatshewer Kreis (Gouvernement Saratow) ist die Hungertatastrophe besonders groß. Alle Vorräte, Strohballen, Hunde, Katzen und Hatten sind längst aufgebraucht. Es mehren sich Raub und Mord. Man stiehlt Kinder und schlachtet sie. Nachts werden die Leichen Verstorbenen ausgegraben, um als Nahrung zu dienen.

Eine Mehrheit für das Kabinett Wirth gesichert.

Es ist natürlich, daß die Frage des Ausganges der heute, Mittwoch, im Reichstag stattfindenden Abstimmung über die Vertrauensfrage für das Kabinett Wirth die politische Welt in Atem hält. Auch wenn es zurzeit als sicher erscheint, daß die Regierung ein Vertrauensvotum erhält, ist es dennoch notwendig, noch ein Wort über die Lage zu sagen, die nach der Abstimmung bestehen wird. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Erschütterung einer Regierung ihre Nachwirkungen haben muß. Für die deutsche Regierung, die jetzt vor Genua steht und dort vorangehen soll in großzügigen Vorschlägen für den europäischen Wiederaufbau, bedeutet die willkürlich heraufbeschworene Krise in jedem Falle eine Schwächung ihrer Position, auch wenn sie heute ein Vertrauensvotum erhalten wird. Dann aber muß man weiterhin sagen, daß die Art, wie diesmal operiert wurde, uns in weiten Kreisen gerade derjenigen Ausländer enorm schadet, die Deutschland wohl wollen. Indem man zunächst von Seiten der Volkspartei mit so großer Schärfe gegen Wirth vorstieß, rief man die lebhaften Einwirkungen der Mehrheitssozialisten auf die Unabhängigen hervor. Damit wurde stimmungsgemäß das Kabinett, dem ja die Mehrheitssozialisten angehören, nach links gedrängt. Eine Wirkung, die doch unmöglich im wohlverstandenen Interesse der Bürgerschaften liegen kann, die ihre politische Vertretung in der Deutschen Volkspartei erblicken. Es ist leider eine betrübende Tatsache, daß in Deutschland der Sinn dafür fehlt, daß man seinem eigenen Lande schadet, wenn man der Außenpolitik der eigenen Regierung Schwierigkeiten bereitet. Man blide nur nach England: einmütig steht dort, so weit es sich um die äußere Politik handelt, auch die Opposition hinter Lloyd George. Und selbst in Frankreich, wo jetzt Herr Poincaré von seinem Gegner in den Sattel gekickt wurde, hütet man sich doch, seine außenpolitischen Schritte zu durchkreuzen. Man wartet ab, ob er Erfolg haben wird. In der Tat sollten unsere Oppositionsparteien von der nationalen Disziplin der anderen Länder noch einiges lernen!

Br. Berlin, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Wie es in den Berichten der Berliner Morgenblätter heißt, kann das Ergebnis der gestrigen Besprechungen der Reichstagsfraktionen dahin zusammengefaßt werden, daß die Bemühungen um die Herstellung einer großen Koalition gescheitert sind. Der „Zeit“ zufolge war die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nach kurzer Beratung zu dem Ergebnis gekommen, daß vorläufig für die Deutsche Volkspartei noch keine Möglichkeit bestehe, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die in den interfraktionellen Besprechungen aufgeworfen worden seien (Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition). Sie war der Ansicht, daß es zunächst Sache der sozialdemokratischen Partei sein werde, sich über die Frage der großen Koalition zu entscheiden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird bei der morgigen Abstimmung alle ihre Stimmen für die vom Reichstagskanzler angenommene Erklärung abgeben:

2. Sie ist nicht in der Lage, zu dem Zwecke, das Ergebnis dieser Abstimmung zu beeinflussen, irgendwelche Zusätze bezüglich ihrer Beteiligung an der sogenannten großen Koalition zu machen.

Der „Freiheit“ zufolge hat die Fraktion der U. S. P. D. beschlossen, gegen den Antrag zu stimmen, der besagt: „Der Reichstag billigt die Erklärungen der Regierung.“ Sollte dem Reichstag von den Regierungsparteien ein anderer Antrag vorgelegt werden, dann werde die Fraktion der U. S. P. D. erneut Stellung nehmen, und es werde dabei für die Entscheidung von Bedeutung sein, ob Garantien und Sicherungen gegen Maßregelungen der Beamten und Arbeiter aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks gegeben würden, um es den Unabhängigen zu ermöglichen, für ein Vertrauensvotum zu stimmen oder sich wenigstens der Stimme zu enthalten.

Um eine ausreichende Mehrheit für die Regierung Wirth zu ermöglichen, wird innerhalb der Regierungsparteien erwogen, den Vertrauensantrag so abzuändern, daß er sich nicht lediglich auf die Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik bezieht, sondern auf die gesamte, insbesondere auf die äußere Politik der Regierung, die auch von den Unabhängigen gebilligt wird. Ein solches Vertrauensvotum würde folgendermaßen lauten:

Der Reichstag spricht der Regierung Wirth das

Vertrauen aus, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung zu ihrer Amtsführung bedarf.

Die endgültige Formulierung des Vertrauensantrages soll heute vormittag nach Verhandlungen mit den Regierungsparteien erfolgen.

Die Morgenblätter fassen ihre Ausführungen über die innerpolitische Lage dahin zusammen, daß sie eine ausreichende Mehrheit für das Kabinett Wirth für gesichert ansehen.

Laut „Völkischer Zeitung“ wird man in der heutigen Sitzung des Reichstages sich nicht lediglich auf die Abstimmung beschränken, sondern der Reichstagspräsident wird vor der Abstimmung das Wort ergreifen und dadurch eine Debatte ermöglichen. Das soll es den Regierungsparteien ermöglichen, ihren ursprünglichen Antrag zurückzuziehen und durch einen neuformulierten zu ersetzen.

Der Arbeitsplan für die heutige Reichstagsitzung.

Br. Berlin, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Plenarsitzung des Reichstages beginnt heute um 2 Uhr. Es sollen zuerst drei Redner nach dem Reichsmietengesetz sprechen. Um 4 Uhr wird die Debatte über die Regierungserklärung beginnen. Die Aussprache wird wahrscheinlich kurz sein, da die Parteien hauptsächlich Erklärungen abgeben werden. Um 4 Uhr beginnt die Abstimmung.

England und Frankreich für die gegenwärtige Regierung

Br. Berlin, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Ein Berichterstatter der „Völkischen Zeitschrift“ hatte eine Unterredung mit Sir Thomas Baskin. Baskin sagte u. a., in England und Frankreich hätten unabhängige Politiker das Gefühl, daß am meisten in Deutschland die Einigkeit über die Zukunft des Landes bestehe. Wenn es noch eine Regierung gebe, so sei es die Furcht, daß das heutige Regime schwach werde und einer Umwälzung Raum geben könne, welche Fortschrittsstände herbeiführen werde. Deshalb wünschten die englischen und französischen Staatsmänner, daß die gegenwärtige deutsche Regierung, die den Frieden und die Verständigung vertritt, so lang wie möglich am Werke bleibe, damit man mit ihr lang dauernde und weitreichende Verbindungen schließen könne. Von großer Bedeutung für die Weltverhältnisse sei der Wiederaufbau Deutschlands. Dazu sei die Kontinuität der deutschen Regierungspolitik eine der wichtigsten Voraussetzungen.

W. T. B. London, 15. Febr. (Drahtbericht.) Über die heute bevorstehende Abstimmung im deutschen Reichstag über das von Dr. Wirth geforderte Vertrauensvotum heißt es im „Daily Telegraph“: Wenn die Regierung künftighin werde, so würden die Beziehungen Deutschlands zu der Entente einen starken Rückschlag erleiden und Deutschlands Lage in der Reparationsfrage würde auf jeden Fall schwieriger gestaltet werden. — Der Berliner Berichterstatter der „Times“ schreibt: Die Männer Deutschlands denken erst jetzt einsehen, daß ein Gelingen ihrer Aktion ernste Folgen für die Führung der deutschen Außenpolitik haben könnte. Die letzte Aussprache über den Eisenbahnerstreik im Reichstag habe gezeigt, daß eine Koalitionsregierung für Deutschland unentbehrlich ist, wenn ein Bürgerkrieg vermieden werden soll. Je größer daher die Koalition sei, um so besser sei es. Daß der gegenwärtige Ausnahmefall für eine politische Krise wegen der Ernennung Dr. Rathenau's gewagt wurde, ist einerseits eine Umstände, die ein unteilbarer Beobachter der parlamentarischen Entwicklung in Deutschland mit größtem Erstaunen sieht. — In einem Artikel der „Ball Mail and Globe“ werden Dr. Wirth und Dr. Rathenau als die Riesen unter den deutschen Smergen bezeichnet. Dr. Wirth sei ein Mann von politischer Genialität. In der Ernennung Dr. Rathenau's zum Außenminister habe er den einzigen Mann gewählt, der den Posten vollständig ausfüllen könnte. Die Ernennung Dr. Rathenau's sei ein Ereignis von außerordentlicher Bedeutung.

Ein Amnestiegesetz für politische Vergehen.

W. T. B. Berlin, 15. Febr. Wie die „Völkische Zeitung“ hört, ist im Reichstagsministerium der Entwurf eines Amnestiegesetzes für politische Vergehen und Verbrechen fertiggestellt worden.

Die Mörder Ersbergers in Budapest.

W. T. B. Budapest, 15. Febr. Wie das „Achtnachrichten“ meldet, erhielt die Budapestener Oberlandesbaupolizei aus Erlangen des Oberbayerischen Landgerichts einen Brief gegen den der Ermordung Ersbergers beschuldigten Münchener Kaufmann Heinrich Schenk und gegen den ehemaligen Oberleutnant Thielmann. Das Blatt fügt hinzu, daß zur Auffindung der Genannten auch deutsche Geheimpolizei nach Budapest geschickt seien, da sich Anhaltspunkte ergeben hätten, daß sich die beiden Beschuldigten in Budapest aufhielten.

Auf den Spuren des Aberglaubens.

Bekanntlich sind viele Menschen auch in unserem aufgeklärten Zeitalter in hohem Maße abergläubisch, und fast jeder hat seinen speziellen Aberglauben, an dem er fest hält und den er sich um keinen Preis der Welt nehmen lassen würde. Der eine ist unglücklich, wenn er Salz ausschüttet, der andere, wenn er einen Spiegel zerbricht, ein dritter, wenn er mit dem linken Fuß zuerst das Bett verläßt, ein vierter, wenn er in keiner Bekleidung innerhalb des Hauses seinen Schirm öffnet, und einer, wenn er am Freitag etwas unternimmt. Woher kommen nun alle diese seltsamen Aberglauben, worauf sind sie zurückzuführen, und wem verdanken sie ihre Entstehung?

In einem der letzten Hefen der Londoner Wochenschrift „Tit-Bits“ beschäftigt sich ein Mitarbeiter des genannten Blattes eingehend mit abergläubischen Erscheinungen und sucht ihre Entstehungsgeschichte darzulegen. „Die Zahl 13“, schreibt er, „ist für viele unglücklich, in den meisten Hotels und auf allen großen Dampfern gibt es kein Zimmer, keine Kajüte, die diese Zahl aufweisen, und doch wissen nur die Wenigsten, die diese Zahl la perhorreszieren, daß sie sich deshalb vor ihr scheuen, weil beim letzten Abendmahl ausschließlich des Judas 13 Männer anwesend waren. Viele betrachten wieder den Freitag als Unglücksstag, und zwar aus dem Grunde, weil Christus an einem Freitag gestorben ist. Nun sollte aber jeder, der an Christus glaubt, gerade seinen Todestag nicht als Unglücksstag, sondern als Glückstag betrachten, weil ja mit dem Tod des Gottesohnes der Welt ein Hell widerfahren und er sich für die sündigen Menschen aufgeopfert hat. Aber hier wurzelt dieser Aberglaube in vielen und ist durch nichts auszurotten. Andere wieder betrachten den Freitag als aussergewöhnlichen Glückstag und unternehmen alles nur an diesem Tag, behaupten auch, daß ihnen noch nie etwas mißlungen sei, was sie an einem Freitag begonnen hätten. Weshalb hat es eine solche Bedeutung, wenn jemand an einem Freitag etwas unternimmt? Weiß an diesem Tag im Mittelalter die Verdrehung der Welt um sich herum, und aus jener Zeit stammt auch die Furcht vor dem Freitag.“

Nun zum Aberglauben des Salzes. Auch dies hängt, ohne daß es die meisten Menschen wissen, mit dem letzten Abendmahl zusammen, denn auf dem weltberühmten Bild Leonardo da Vincis sieht man Judas, wie er das Salz, das sich auf dem Tisch befindet, verstreut.

Woher kommt die Ansicht, daß es unglücklich bringe, wenn man im Hausflur einen Schirm öffnet? Bis ins Mittel-

Das Reichsmietengesetz vor dem Reichstag.

Br. Berlin, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Nach Erledigung einer großen Anzahl kleiner Anträge trat der Reichstag am Dienstag in die zweite Beratung des Reichsmietengesetzes über die Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz) ein. Bei § 1 fand eine allgemeine Debatte über das ganze Gesetz statt. Danach können Vermieter und Mieter verlangen, daß an Stelle des vereinbarten Mietzinses die gesetzliche Miete auf Grund dieses Gesetzes festgelegt wird. Falls kein Einverständnis über die Höhe zustande kommt, entscheidet das Mietenausschussamt.

Die Deutschnationalen beantragten, den Gesetzentwurf abzulehnen und dafür eine Entschließung zu fassen, in der die Reichsregierung ersucht wird, einen anderen Gesetzentwurf nach folgendem Grundgedanken vorzulegen: Allmählicher Abbau der Zwangswirtschaft, Erhöhung der Mieten im Einzelfalle bis zur Rentabilität, Verwerfung öffentlicher Mittel aus der Wohnungsabgabe und anderen Fonds, Mitwirkung der Mietervereine und des Mietenausschusses bei Festlegung der Miete.

Aus den einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs ist mitzuteilen, daß bei Berechnung der letzten Miete der Ausgangspunkt die Friedensmiete vom 1. Juli 1914 bildet. Dabei ist der in der Friedensmiete für Betriebs- und Instandhaltungskosten enthaltene Betrag abzuziehen, ebenso die Vergütung für Sammelheizung und Warmwasserlieferung. Die Progenität der Abrechnung wird von der obersten Landesbehörde zu bestimmen. Für die Betriebskosten und für die Kosten der laufenden Instandhaltungsarbeiten treten Zuschläge zur Grundmiete hinzu. Zu den Betriebskosten gehören auch Unkosten für die eigene und fremde Verwaltungstätigkeit. Besondere Bestimmungen regeln die Verwendung der genannten Zuschläge für die erwähnten Zwecke. Sodann wird festgelegt die Erhebung eines weiteren Zuschlages für die sogenannten großen Instandhaltungsarbeiten. Die oberste Landesbehörde kann bestimmen, daß dieser Betrag an eine bestimmte Stelle, also nicht an den Vermieter, abzuführen ist. Der Ausschuss hat einen neuen Vorschlag eingebracht, wonach, wenn der Vermieter das Grundstück erst nach dem 1. Januar 1920 erworben hat oder nach Inkrafttreten dieses Gesetzes erwirbt, ihn bei größeren Instandhaltungsarbeiten die Haftung trifft, die Mängel, die bei dem Erwerb bereits vorhanden waren, vorzunehmen. Vor Festlegung der Zuschläge zur Grundmiete und Vermieter- und Mietervereinigungen zu hören. Ausgenommen von den Vorschriften des Gesetzes sind Neubauten, die nach dem 1. Juli 1919 bezugsfertig geworden sind. Das Gesetz soll nach dem Ausschussbericht am 1. April 1922 in Kraft treten und am 1. April 1926 wieder an Kraft treten.

Nachdem der Berichterstatter über die Ausschussverhandlungen berichtet hatte, führte Ministerialdirektor Dr. Ritter aus, das vorliegende Gesetz solle vor allem dem Wohnungswesen dienen. Er wandte sich dann gegen die vorgebrachten Aufhebung der Zwangswirtschaft, die aus dem freien Spiel der Kräfte, nach ein sehr unfreies Spiel gemacht haben werden, da die sich gegenüberstehenden Kräfte sehr ungleich seien.

In der sich anschließenden Aussprache sprachen die Deutschnationalen und die Volkspartei gegen das Gesetz, während die Sozialdemokratischen und die Zentrumspartei für dasselbe eintraten. Die Unabhängigen haben die einstimmige Möglichkeit, die Mängel zu beseitigen, nur in der Sozialisierung des Hauswesens.

Gegen 6.30 Uhr wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Aus dem Hauptauschuss.

Br. Berlin, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der Hauptauschuss des Reichstages erledigte am Dienstag die Beratung über den Etat des Reichsausschusses. Für die Staatsökonomie wurden im Rahmen des Haushalts dieses Ausschusses seitens der Regierung 470.000 Mark beantragt. Da aus der Mitte des Ausschusses Bedenken geäußert wurden, wurde beschlossen, zur Prüfung dieser Frage einen Untersuchungsausschuss unter dem Vorsitz des Abg. Semmler einzusetzen. Der Hauptauschuss stimmte schließlich dem Vorschlag der Regierung zu, die darauf hinausläuft, daß das Reich sich mit einem Aktienkapital von 6.250.000 Mark bei der Deutschen Kredit-Gesellschaft und mit 2.500.000 Mark bei der Allgemeinen Schuldindustrie Akt.-Ges. beteilige. Die baldige Begründung. Durch die Annahme des Ultimatums vom 5. Mai 1921 sind viele Reichsvereinigungen und Reichsbefehlshabern entbehrlich geworden. Im Interesse der Reichsstände sollen diese insgesamt an die geplanten Aktiengesellschaften vermietet werden. Als Gesellschaften werden an der Deutschen Kredit-Gesellschaft auch die Landwirtschaft, die Konsumgenossenschaften sowie weite Kreise von Handel, Industrie und Handwerk teilnehmen.

Nun wandte sich der Hauptauschuss dem Etat des Reichsausschusses zu.

Reichsausschuss Dr. Rathenau

machte ausführliche Angaben über seine Bestrebungen, das aktende Recht zu reformieren. Die große Reform des Straf-

rechts und des Strafprozesses werde aufs möglichste beschleunigt. Die Ausfertigung des neuen Strafrechtsbuchs, das einer neuen Strafprozessordnung und Strafprozessualgesetz vorangehen solle, werde im Reichsausschussministerium vornehmlich im Sommer dieses Jahres beendet sein. Inzwischen soll die Strafrechtsreform den dringenden Änderungen durch Einzelgesetze unterworfen werden. Hierin gehören vor allem die Beseitigung der §§ 1. und 2. Instanz mit dem die Einführung der Berufung in allen Strafsachen kommen, in Schwur- und Reichsgerichtsachen, die Revision des Verfahrens, nach dem die Laienrichter ausgewählt werden und, da die Einführung des Strafprozessgesetzes noch nicht in nächster Zeit erfolgen kann, auch die Änderung der bundesrätlichen Richtlinien für den Strafvollzug. In dem Gebiet des Strafvollzuges werden das Güterrecht und das Betretungsverbot wesentliche Punkte sein. Das Recht der außerrechtlichen Kinder unterliegt einer Überarbeitung. Auch die Frage der Änderung des Ehevertragsrechtes werde geprüft. Schließlich behandelte der Ausschuss auch die Frage einer Reform der juristischen Vorbildung.

Nach den Ausführungen der Abg. Rosenfeld (U. S. D.), Frau Dr. Lüders (Dem.) und Hoffmann (Kaiserslautern (Soz.)) gab Reichsausschusspräsident Radbruch eine ausführliche Gnadenkassettell bekannt. Danach sind bisher insgesamt 1290 Gnadenkassettellen in Vorklage gebracht worden. Außerdem ist mit Rücksicht auf die Vermögenslinderung des Reichspräsidenten die Strafbefreiung in den nicht mehr als mit einem Jahr Freiheitsstrafe bestraften in nahezu 300 Fällen mit Rücksicht auf den bevorstehenden Gnadenkassettellen unterbrochen worden. Urteile, die Strafbefreiung betreffen, sind in 314 Fällen abgeändert worden, zwar in 302 Fällen durch Umwandlung der Strafbefreiung in Gefängnis oder Festungshaft, gleichzeitig unter Festlegung der Strafbefreiung. Ferner ist in zahlreichen Fällen Bewährungsfrist bewilligt worden. — Derauf vertagte sich der Ausschuss auf Mittwoch.

Volkswirtschaftliche Petitionen.

Br. Berlin, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Im Reichstagsauschuss für Volkswirtschaft wurde am Dienstag die Einlage des Deutschen Handelslages behandelt, welche die Beteiligung der Verordnung über die Ausfertigung des Materials überwiegen. Ein Einspruch der Privat-Eisenbahn-Industrie gegen das Vorhaben der Eisenbahnverwaltung, die Ausbesserungsarbeiten für Eisenbahnwagen zu entscheiden, wurde dem Hauptauschuss des Reichstages überwiesen. Ein Eingabe der Handelskammer Magdeburg, die darüber Beschwerde führt, daß Eisenwerke an holländische Margarinefabriken unter dem Weltmarktpreis und unter dem Inlandspreis verkauft wurden, wurde regierungsfremd dahin beantwortet, daß 1. die Marktlage zur Zeit des Abschlusses ungünstig war; 2. die Ware leicht verderblich war, und 3. eine Verbesserung der Aufstellung der Reichsstelle weiter bevorzugen hätte.

Neue Reichstagsvorlagen.

Br. Berlin, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Schlichtungsordnung der Entwurf zur Befähigung der Gelehrtskrankheiten, die Vorlage über die Überzeugungsurteile der Beamten beim dem Reichstag demnächst zu.

Der Landtag zu der Finanznot der Gemeinden.

Br. Berlin, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Bei längerer Pause nahm am Dienstag der preussische Landtag bei gutem Wetter keine Vollsitzungen wieder auf. In den Eisenbahnerstreik bezügliche Anträge der Kommunisten wurden laut Beispiel des Ältestenrates von der Tagesordnung abgelehnt. Das Haus erledigte dann die kleine Anfrage der Kommunisten über die von der Berliner Polizei verhafteten angeblichen Mörder des spanischen Ministers Dato. Ein Regierungsvertreter erklärte hierzu, eine abschließende Antwort sei noch nicht möglich, da weitere Ermittlungen notwendig seien.

Darauf trat das Haus in die gemeinsame Beratung von Anträgen und großen Anträgen ein, die sich auf die Finanznot der Gemeinden und die Erleichterung neuer kommunaler Steuererhebungen beziehen.

Der Abg. Hirsch (Soz.) begründete die große Anfrage der Sozialdemokraten, die darauf eintreift, daß die Gemeinden ihren zulebenden Anteil aus der Reichseinkommensteuer leicht erhalten und daß durch eine Änderung der Kommunalabgabengesetzes den Gemeinden die Erleichterung neuer Steuererhebungen ermöglicht wird.

Der Abg. Sprenger begründete den Zentrumsantrag der eine Einwirkung auf die Reichsregierung in der Sinne verlangt, daß bei der Beratung der Reichsregierung den finanziellen Notwendigkeiten der Gemeinden Rechnung getragen wird.

Der Abg. Martell (D. Natl.) verlangte, die Steuer des Grundvermögens müsse den Gemeinden zukommen. Der Redner beantragte Überweisung aller Anträge an den Steuerauschuß.

Darauf wurde um 5.30 Uhr die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.

alter hinein war das Tragen des Schirmes ein Vorrecht der Könige und des hohen Adels, und bis zum heutigen Tag führt der König von Siam den Titel eines „Herrn der zehn Paläste und der Schirme“. Früher war es streng verboten, einen Schirm im Hausflur zu öffnen, da dies, wie erwähnt, ein Vorrecht gewisser Stände gewesen sei, und alle, die es doch taten und dabei erfaßt wurden, hatten eine strenge Strafe zu gewärtigen. Für diese bedeutete also das Öffnen eines Schirmes tatsächlich Unflut, und dies ist der Grund, weshalb man zu diesem Aberglauben kam.

Manche Leute betrachten es als Unflut, wenn ihnen eine schwarze Rahe über den Weg läuft, andere wieder halten dies für eine glückbringende Vorbedeutung. Die alten Ägypter verehrten alle Raben, vor allem aber die schwarzen, und oft genug findet man mumifizierte Raben, die aus Ägypten stammen. Auch eine der bekanntesten Arien des Aberglaubens ist es, am Tag, an dem der Mond junimitt, viel Geld in die Tasche zu geben. Dieser Aberglaube kommt aus einer Zeit, da man den Mond anbetete, und besonders den zunehmenden Mond als glückbringend betrachtete.

Man glaubt in vielen Ländern, daß Ehen sich dann besonders glücklich gestalten, wenn sie im Juni geschlossen worden sind. Diese Annahme stammt noch von den alten Römern und Griechen. Die Göttin Juno, der der Monat Juni geweiht war, ist die Patronin der Ehen gewesen, und schon bei den alten Römern findet man, daß die meisten Ehen aus diesem Grund im Juni geschlossen worden sind.

Duften bringen dem, der sie findet, angeblich ebenfalls Glück, und dieser Aberglaube findet sich auf der ganzen Welt. Er stammt noch aus der Druidenzeit und bedeutete einen heiligen Kreis, der sich um einen Baum, der ein Weibchen fand. Auch jene, die ein vierblättriges Kleeblatt finden und es sorgsam aufbewahren, haben angeblich Glück, und dies ist auch tatsächlich der Fall. Zweifellos haben sie nämlich gute Augen, und diese zu besitzen, ist doch tatsächlich ein besonderes großes Glück!

Aus Kunst und Leben.

Das Filmmittel-Drama. Aus Berlin schreibt unser E. K. Mitarbeiter. Seit Wochen wurde in Berlin die sozialistisch-interessante Welt und jene andere, die bei allem „dabei“ sein muß, durch Mittelungen über die sozialistische Sentiment, die künstlerische Offenbarung, aufgeweckt, die die Herzen Reinhard und Bernauer in ihrem Theater in der Königstraße vorzubereiten sollten. Das Interesse wurde nicht unerheblich dadurch verstärkt, daß es sich, die beiden

Direktoren hätten sich auch ihr Stück selbst geschrieben. Solange, durch den Streik verlängertem Marien haben nun die Sentiment erlebt. Es ist ein phantastisches Melodram. Die wunderbaren Geschichten der Kapellmeisters Kreisler, frei nach E. T. A. Hoffmann, und es wurde eine der bittersten Enttäuschungen, die man auf der Bühne je erlebt hat. Reinhard und Bernauer haben einen Film geschrieben nach dem bekannten Prinzip, daß der Held, hier Kreisler, seine Schicksale erzählt und daß zu jeder Erinnerung prompt das passende Bild gezeigt wird. Um das zu ermöglichen, ist die Bühne in Einzelbildern zerlegt. Unter Zusammenfassung verschiedener schon erprobter bildnerischer Verluste, wie der Illusion in zwei Stodwerke oder in zwei Schauplätze nebeneinander und der Befähigung kleiner Bühnenausschnitte, während der Überlage im Dunkel liegt, ist es gelungen, eine Schmelze des Szenenwechsels zu erzielen, die für die rein technische Leistung des Theaters höchste Achtung erfordert, und die wie vorher erwähnt ist, ein paar mal durch die Körnerlichkeit und Barbigkeit der Bilder lohnte Witzungen, härtere als im Film, erzielt. Trotzdem gelingt es nicht, mit dem Film technisch ernsthaft in Wettbewerb zu treten. Was im Film als Titelbildartig zwischen die Bilder geworfen wird, wird bei Reinhard und Bernauer gekloppt, ausführlicher als beim Film, aber eckig und banal und farblos. Wenn es geklopft haben, mit dieser Verfassung filmtechnischer Fortschritte auf die Bühne den Film belegen zu können, wird es ihnen — glaube ich — geben, wie in der Volkswirtschaft der besseren Zukunft: sie wird, wenn neben sie in schlechtere sich reger dar, ballios von ihr aufzuheben. Während dies Melodram (zu dem E. K. A. Regisseur eine außerordentlich stimmungsvolle Musik geschrieben hat) durch die Unterbrechungen, die die geladenen Zwischenstücke bilden, schließlich grenzenlos langweilt, kann ich mir nicht vorstellen, daß die reine Filmaufnahme dieser Inszenierung ein starkes Interesse finden dürfte. Fortan als Kritik ging darstellerisch schon völlig vom Film aus, haben die bildhafte Eindrücke ab, während er als Sprecher für die gleichzeitigen Worte viel zu schwer war. Vereblich mühte sich Alfred Abel mit all seiner kleinen Kunst, den Genie Kreislers in seinen verklärten Erscheinungen zu charakterisieren, und Charlotte Schults beugte sich lebenswunders auszuweisen, was für einen Film auch genügt. — Da gerade von einer theatralischen Schönheit die Rede ist, soll noch erwähnt werden, daß man noch eine weitere Aufführung bekehrte, die die Bühnenlichter, allerdings auf literarischem Gebiet, brachten.

Schuh-Reparatur
Mauergasse 12.

Der Magistrat.

Der Magistrat.

Der Magistrat. Fürsorgeamt.

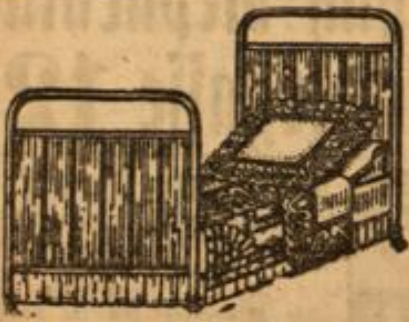
Der Bürgermeister.

Heßische Bürgermeisterei Albenheim.
 Z a u n. F15:

e, bei. 173

Donnerstag, 16. Febr. 1922, abends 8 Uhr,
Lyzeum I (Schloßplatz).
Eintritt frei. Freie Aussprache.

18



Der Einkauf von Betten ist Vertrauenssache!

In unerschöpflicher Auswahl zu sehr niedrigen Preisen:

Metallbetten	Deckbetten	Matratzen	Daunendecken
Holzbetten	Plumeaus	Bettfedern	Steppdecken
Kinderbetten	Kissen	Daunen	Woldecken

Eigene Anfertigung aller
Bettwaren und Matratzen
unter Verwendung bester
Stoffe u. besten Materials.

Betten-Spezialhaus Buchdahl, Bärenstraße 4.

P. P. Dem verehrl. Publikum u. titl. Geschäfts-
welt zeige ich die Eröffnung meines
Spezialbüros für Stenersachen
verbunden mit einer **Rechtsauskunft**
im Hause **KL. Schwalbacher Str. 4** — nächst
der Kirchgasse — hiermit an. Dasselbe steht unter
der Leitung eines seit 20 Jahren in der Steuerpraxis
tätigen Herrn und sichere ich zuverlässige Bear-
beitung aller Steuerangelegenheiten unter Beobach-
tung strengsten Vertrauens zu. Gleichzeitig über-
nehme ich Vermögensverwaltungen u. Auseinander-
setzungen sowie die Ausführungen aller Schreib-
maschinenarbeiten.
Hochachtungsvoll
Fernspr. 1883. **Wilhelm Lied.**
Bürostunden: 9—12 u. 3—6 Uhr.

Brillanten, Perlen,
Gold- u. Silberwaren, Bestecke, Potale, Aufzüge,
Service, goldene Uhren u. Ketten, Armbänder,
Platin und Brennstifte, Pfandscheine kauft zu
hohen Preisen
Geizhals, Webergasse 14.

Die glückliche Geburt eines kräftigen
Stammhalters
zeigen hocherfreut an
Heinz Zorn u. Frau
Guddi, geb. Koenig.
Hotel Reichspost,
13. Februar 1922.

Die glückliche Geburt eines gesunden
Mädels
zeigen hocherfreut an
Max Stamm u. Frau
Martha, geb. Schmitt,
Mauritiusstraße 5.

Ihre Vermählung geben bekannt
Julius Homberger
Mary Homberger
geb. Fröhlich.
Wiesbaden Hotel Kronprinz
Kapellenstraße 9
16. Februar 1922.

Danksagung.
Allen denen, welche meiner unergötlichen,
lieben, guten Frau, unsern lieben Mutter und
Schwiegermutter bei ihrem Heimgang ihre auf-
richtige Teilnahme bewiesen sowie für die zahl-
reichen Blumenpenden, welche wir hiermit in unse-
ren Dank aus. Ganz besonders danken wir
Herrnarrer Hofmann für die uns so wohl-
tunenden, irrtreichen Worte.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Karl Tönges, Tapeziermeister, Rastr. 36, 2.

Nachruf.
Am Samstag, den 11. Februar 1922,
verschied unser lieber Kollege
Herr Zahnarzt Max Beck.
Wir verlieren in dem Verstorbenen
einen tüchtigen Kollegen, der sich durch
sein bescheidenes und aufrechtes Wesen
ein bleibendes Andenken bei uns sicherte.
Der Zahnärzte-Verein
Wiesbaden.

Aufforderung
Wer an den verstorbenen
Benzenlaus Peter
(Glaschleifer)
noch etwas zu zahlen oder
eine Forderung hat, er-
scheine ich, ich innerhalb
14 Tagen an mich zu
wenden.
R. Uhria, Nachlasspfleger,
Albrechtstraße 31.

Von der Reise zurück
Dr. Wilhelm Koch
Mainzer Straße 18.

Schwarze Kleider
Schwarze Blusen
Schwarze Röcke
Trauer-Hüte
Trauer-Schleier
Trauer-Stoffe
von der einfachsten bis zur
eleganten Ausführung.

Blumenthal

Standesamt Wiesbaden
Storbefälle.
Am 1. Februar: Ehefrau
Dra. Großsch. geb. Altpig. 66 J.;
Zahnarzt Dr. Moritz, 67 J.;
Ehefrau Karoline Holstein geb.
Lana, 67 J.; 12. Rangier-
sekretär a. D. Karl Braun, 67 J.;
Vollgelehrter a. D. D.
Woll. Wesserschmidt, 66 J.;
Ehefrau Margarete Scholz geb.
Weiß, 63 J.; Pianistin
Herrmann, 64 J.;
Ehefrau Marie Soller geb.
Rappenberg, 64 J.; Witwe
Eilhard Wehner geb. Bergdoh,
63 J.; Ehefrau Henriette Brenner
geb. Wimar, 70 J.

Heute früh verschied mein einzig heiß-
geliebtes Söhnchen und Bräutchen
Hänschen
im Alter von nahezu 2 Jahren.
Um kühles Beileid bittet
Frau Mathilde Prinz, Wwe., u. Kinder.
Wiesbaden (Bleichstr. 33), 14. Febr. 1922.
Die Beerdigung findet Donnerstag, 16. Febr.,
nachm. 3 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Heute entschlief nach kurzem, schwerem
Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger-
mutter und Großmutter
Frau Rechnungsrat
Johanne Bergien
geb. Hartmann.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Wiesbaden (Bahnstr. 34), Berlin,
Buenos-Aires, 14. Februar 1922.
Die Trauerfeier und Einäscherung findet
Freitag, den 17. Februar, vorm. 10¹/₂ Uhr,
auf dem Südfriedhofe statt. 169

Heute früh entschlief sanft unsere heiß-
geliebte Mutter, Schwiegermutter, Groß-
mutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Rosa Grün, Wwe.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Wiesbaden, den 14. Februar 1922.
Röderstraße 7, 3 L.
Die Beerdigung findet Freitag, 17. d. M.,
nachmittags 3¹/₂ Uhr von der Leichenhalle
des Südfriedhofes aus, statt.

Statt besonderer Anzeige!
Gestern nachmittag verschied nach längerem Leiden
mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater,
Großvater, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel
Saladin Brand
Wagenbauer
im 58. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Katharine Brand, geb. Weyrauch.
Wiesbaden, den 15. Februar 1922.
Moritzstraße 80.
Die Beerdigung findet am Freitag, 17. Februar, nachmittags
3¹/₄ Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus, statt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei
dem Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen sagen wir
unsern innigen Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Fritz Häfner.
Wiesbaden, den 15. Februar 1922.

Darmstädter Möbelfabrik
Georg Schwab, Darmstadt
Fabrik und Ausstellungs-Haus:
Heidelberger Straße 129. Telefon 411.
Haus für Wohnungs-Einrichtungen.
Verlangen Sie Abbildungen. F 68
Besuchen Sie die Ausstellung.

Billige Emaillewaren!
Nur solange Vorrat reicht!
16 18 20 22 24 26cm
Nachtöpfe 15.— 18.— 23.— 27.— 30.— 34.—
Schüsseln 7.— 8.— 10.— 12.— 14.— 16.50
Wasserkessel 4.— 40.— 45.— 50.— 57.— 70.—
Wassereimer, 28 cm nur 23.50
Nachtöpfe 20.—, ov. Waschecken 26.—, Rasterrollen,
Wischlappen, Rasterlappen, Wasserkanne, Toilette-
eimer, Wannen, Schöpf- und Schaumlöffel usw.
sehr billig. Inoxydierte Guss-Geschirre. 166
Geuerste Ton-Rochgeschirre.

Julius Mollath, Schulberg 2
Ede. Wilhelmstr.

Antiquitäten
moderne u. antike
Kunstgegenstände
Juwelen
kauft
Rosenau
Marktplatz 3. Telefon 6584.

Grabdenkmal u. Friedhofskunst
Entwürfe u. Beratungsstelle für Denkmal u. Pflanzung
Einziges Grabdenkmal-Fachgeschäft in Wiesbaden
auf Wunsch Lieferung von Grabsteinen mit polierten Bildnissen.

Heute nacht entschlief sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld
ertragenem Leiden mein lieber Vater und Großvater, unser lieber Bruder,
Schwager und Onkel
Jakob Schweisguth
im 75. Lebensjahre.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Willi Schweisguth.
Wiesbaden (Steingasse 3), den 13. Februar 1922.
Die Einäscherung findet Freitag, den 17. Februar, 11¹/₂ Uhr, auf dem Südfriedhof
statt. — Blumenpenden im Sinne des Verstorbenen dankend verboten.

Ausschub der Konferenz von Genua.

W. T. B. Paris, 15. Febr. Savas meldet aus London: Es liegt Grund für die Vermutung vor, daß die Konferenz von Genua nicht stattfinden wird. Es scheint sogar, daß er von der Konferenz keine Auffassung der französischen Regierung verleiht hat und daß die britische Regierung, ebenso wie die italienische, einen Ausschub der Konferenz um zwei Wochen erwägt, so daß diese also am 24. oder 25. März beginnen würde.

W. T. B. Paris, 14. Febr. Der Londoner Korrespondent des "Times" teilt mit, die Vereinigten Staaten noch nicht erklärt, ob sie auf der Konferenz von Genua teilnehmen werden. Es scheint sogar, daß sie durch einen aktiven Delegierten, sei es durch einen Exzentriker, sich vertreten zu lassen beabsichtigen. Aber sie hätten in London wissen lassen, daß sie ihnen nicht zuzustimmen werden einen Delegierten zum 8. März nach Genua zu schicken. Die Regierung von Washington würde die Ratifikation der aus der Abrüstungskonferenz hervorgehenden Verträge praktisch gesichert zu wissen, bevor sie an eine neue Konferenz einläßt. In London ist man mit der Ratifikation der Verträge zufrieden, daß man sie nur dann offen halten und auf die Vereinigten Staaten warten solle, wenn man die moralische Gewähr hätte, daß sie sich an der Konferenz beteiligen würden.

Die Zusammenkunft der Sachverständigen.

W. T. B. London, 14. Febr. Reuter erklärt, daß die Zusammenkunft der französischen Regierung auf das britische Ersuchen eine Zusammenkunft von Sachverständigen, die verlaute, daß die französische Regierung der geplanten Zusammenkunft zustimme, jedoch den Vorschlag mache, daß Sachverständige aus den Ländern der kleinen Entente (Belgien, Tschechoslowakei und Rumänien) an diesen Zusammenkünften teilnehmen.

Der Kampf gegen das englische Kabinett.

D. London, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Über die Zusammenkunft der Sachverständigen der Entente, die am 15. Februar in London stattfinden, verlaute heute nichts. Man glaubt jedoch sagen zu können, daß die verschiedenen Gruppen der beiden konföderativen Parteien die Zusammenkunft ihrer Partei gegenüber der gegenwärtigen Koalitionsgovernment Lloyd Georges ausgedrückt haben und daß die Delegierten dieser konföderativen Minoren in den Wahlen nach Geduld zu haben. Damit scheint der Kampf gegen Lloyd Georges, Berlin, so weit er um nichts kommt, abgeklungen zu sein.

Die Frankfurter Sozialistenkonferenz.

W. T. B. Berlin, 14. Febr. Die sozialistische Frankfurter Konferenz, die am 4. Februar nach Paris einberufen worden war, wegen des deutschen Eisenbahnstreiks aber von den deutschen Sozialisten nicht besucht werden konnte, ist nunmehr auf den 25. Februar nach Frankfurt a. M. verlegt worden. Das Einladungs-schreiben der französischen Partei ist heute beim Parteivorstand der S. P. D. in Berlin eingetroffen. In der Zusammenkunft sind die sozialistischen und kommunistischen Parteien Englands, Deutschlands, Belgiens, Italiens und Frankreichs eingeladen. Die Zusammenkunft der Konferenz lautet: Die wirtschaftliche Lage Europas und insbesondere die Reparationsfrage.

Öffentliche Eröffnung des Internationalen Gerichtshofes.

D. Haag, 15. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Heute mittags 12 Uhr wird im großen Gerichtssaal die Eröffnungssitzung des Internationalen Gerichtshofes stattfinden. Anschließend werden die Ratskeder Erklärungen abgegeben.

Eine Regierungskrise in Polen.

W. T. B. Warschau, 14. Febr. Infolge der im Landtag erfolgten Kritik an dem Regierungsvorschlag betreffs der Wahlen für die Wiedererrichtung der zerstörten Maschinenfabriken ist der Minister für öffentliche Arbeiten zurückgetreten. Auch der Eisenbahnminister Sikorski ist zurückgetreten. Seine Demission wird mit Gesundheitsrückständen begründet. Es wird angenommen, daß infolge der Regierungskrise auch der Finanzminister Michalski zurücktritt.

Ein Ministermord in Finnland.

W. T. B. Helsinki, 15. Febr. Gestern nachmittags wurde auf dem Minister des Innern Rittavuori, als er von seiner Wohnung aus dem Auto stieg, drei Revolverkugeln abgefeuert. Der Minister erlag an dem Wege zum Krankenhaus seinen Verletzungen. Der Mörder wurde verhaftet. Es ist der Kaufmann Ernst Tandfelt, der niemals eine politische Rolle gespielt hat. Er wird für eine Zurechnungsfrage gehalten.

Es erwies sich, daß das Schauspiel "Schatten" von Alexander Dornik, mit dem uns das Theater am Zoo in der Überführung von Max Hochdorf zum ersten Mal machte und das uns eine Probe der rumänischen Schauspielkunst gab, gar nichts vom Ballon an sich hat. Aus der Saat des gesellschaftlichen Lebens und aus der Welt der Menschen erwachen wir. Einem blinden Komiker, der aus der besten Liebe für seine Frau heraus aus "Schatten" hervorgeht, schaffte die ihm den Ruhm bringende, wird gerade vor der Aufführung klar, daß diese Frau nicht die Frau ist, die er liebt, sondern eine andere. Er jagt die Frau davon und verbrennt sie. Das Schauspiel ist in drei Akten mit viel Theatertrick, wird ohne zitierte literarische Züge auf die Bühne gestellt. Die Probe hält die moderne rumänische Dramatik etwa bei Eddemann, was ich übrigens für den Ballon als sehr fortgeschritten finde.

Wenn man an nichts denkt... Die Redensart, daß man an nichts denkt, ist ja nicht wortwörtlich zu nehmen. Man arbeitet immer, und wir denken dabei über alles an etwas. Aber die Pausen zwischen der eigentlichen konzentrierten Arbeit, in denen das Gehirn ausruht, sind durch "mühsame" Gedanken, durch Nachträume, ausgedrückt über deren Inhalt wir uns meist keine Rechenschaft geben, so daß wir jedenfalls bewußt an nichts denken. Jeden Augenblick aus dem Gehirn ausschalten, ist ganz unmöglich, es sei denn, man schaltet das Bewußtsein überhaupt aus. Es ist es in gewissen Verzückungszuständen der Musiker, wenn er in dem "Rausch" des Buddismus der Hall ist. Woran man sich erinnern kann, wenn man "an nichts denkt", darüber herrscht ein engherziger Monolog. A. E. Crawley. "Viele" schreibt er, "haben während dieser Zeit des Wachstums irgend eine Melodie im Kopf, ein altes Kirchenlied oder einen Gassenlied. Dann steigen ganz merkwürdige Gedanken ins Bewußtsein. Schlagwörter, Sprüche, Kinderreime, wie sie uns die Amme einst vorsang. Und irgend welches wunderliche Gemisch von Dingen. Es sind gewöhnliche Komplexe, an die sich diese Vorstellungen anknüpfen. Sie sind dann häufig tauchen irgend eine Sache aus fremden Sprachen auf. Auserwählten, die von langer Zeit in fremden Ländern von dem Portier des Kaffeehauses gelernt hat, ganz sinnlose Überlegungen von fremden Sprachen, Pläne aus bekannten Dramen, die sich dem Gedächtnis einprägen." Diese Ablenkungen der Ermüdung des Gehirns eintreten und die manch-

Wiesbadener Nachrichten.

Das Entschädigungsverfahren für Auslandsdeutsche.

Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Das Entschädigungsverfahren für Auslandsdeutsche, d. h. das auf die endgültige und vollständige Abgeltung der Reichsangehörigen im Ausland anlässlich des Krieges erwachsenen Schäden binzielende Verfahren hat begonnen, so weit die im Auslandschadengesetz vom 28. Juli 1921 geregelten Fälle in Betracht kommen. Dieses Gesetz bezieht sich auf die sog. Gewalttätigkeiten, d. h. Schädigungen, Vermögensverluste und Ausgaben durch gewalttätige Handlungen, erzwungene Verschleuderung, Internierung usw., im gesamten feindlichen, neutralen und verbündeten Ausland sowie auf die in Ausland entstandenen Schäden durch Liquidationen und Liquidationsähnliche Maßnahmen. Die Anträge sind von Auslandsdeutschen der nächstgelegenen Vorprüfungsstelle bzw. den Detachierten des Bundes einzureichen, und zwar unter Benützung besonderer Fragebogen. Vorprüfungsstellen bestehen in einer Reihe von Städten, darunter in Frankfurt a. M., Zell 114, ebenso detachierte Vertreter des Bundes, darunter in Wiesbaden (Adolfstraße 30). Die Fragebogen können in einer Serie kostenlos bei den Vorprüfungsstellen, den Detachierten und den Ortsgruppen des Bundes in Empfang genommen werden. Zweifelsfälle werden von den gleichen Stellen gegen Zahlung einer festgesetzten Gebühr abgeklärt. Weitere Exemplare sind gegen Zahlung nur bei den Ortsgruppen erhältlich. Bei brieflicher Bestellung von Fragebogen ist kurz anzugeben: 1. In welchem Lande der Schaden entstanden ist, 2. welche Sachen von dem Schaden betroffen sind, 3. durch welche Handlungen bzw. Vorgänge der Schaden verursacht worden ist. Die Vorprüfungsstellen des Bundes der Auslandsdeutschen sind zuständig nur für Auslandsdeutsche, d. h. für die Reichsangehörigen, die bis Ende Juli 1914 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt außerhalb der damaligen Grenzen des Deutschen Reichs gehabt oder nach dem 1. August 1914 dorthin verlegt haben. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß bezüglich der sogenannten Liquidationschäden (abgegeben von Ausland), das Endentscheidungsverfahren noch nicht eingeleitet werden kann, da eine endgültige gesetzliche Regelung der Liquidationschäden noch nicht erfolgt ist. Die Beteiligten werden von jeder Änderung der Lage durch den Bund der Auslandsdeutschen rechtzeitig benachrichtigt werden. Das Vorgehen des Verfahrens läuft bis zum 31. März 1922 weiter. In diesem Laufe stellen die Sprachkommissionen für Auslandsdeutsche ihre Tätigkeit ein.

— Direktor Heinrich Meis. Pöhllich und unerwartet nach kaum zweiwöchigem Unwohlsein verstarb gestern Abend im 58. Lebensjahre der Direktor der Vereinsbank Wiesbaden, E. G. m. b. H., Herr Heinrich Meis. Der Verstorbene stand seit dem Jahre 1880 in Diensten der Vereinsbank und hat die ganze glänzende Entwicklung dieser zum Segen unserer Vaterstadt bestehenden Genossenschaft mitgemacht. Seit 23 Jahren stand er der Vereinsbank als Direktor vor und hat in dieser Eigenschaft durch seine Sachkenntnis, sein Wohlwollen und hissbereites Wesen zum Besten der Vereinsbank und ihrer Mitgliedschaft außerordentlich beigetragen. Durch seine Tätigkeit und in Ausübung vieler sonstiger gemeinnütziger Bestrebungen, insbesondere durch seine hervorragende Mitarbeit im Genossenschaftswesen, hat er sich einen großen Freundes- und Bekanntenkreis erworben, der sein Hinscheiden mit herzlichem Bedauern vernahm.

— Die neue Kreisordnung. Auf eine Anfrage im preussischen Landtag über die Fortsetzung der neuen Kreisordnung ist durch den Innenminister folgende Antwort erteilt worden: Die endgültige Fassung des Entwurfs einer neuen Kreisordnung ist seitens des zuständigen Ministeriums des Innern noch nicht fertiggestellt. Der einzige Entwurf, auf den sich die Änderungsanträge beziehen können, ist der des Herrn Staatskommissars für die Verwaltungsreform, der auch schon in der Öffentlichkeit wiederholt besprochen wurde. Dieser Entwurf ist indessen für die Staatsregierung nicht verbindlich. Das Staatsministerium will in der allerersten Zeit über die richtunggebende Änderung der Verwaltungsreform Bescheid lassen. Darauf werde dem Landtag mit größter Beachtung und Eile der Entwurf der Stadt-, Länder- und Gemeindeordnung vorgelegt werden. Die Entwürfe der Kreis- und Provinzialordnung werden folgen, da sich eine gleichzeitige Einbringung sämtlicher Vorlagen durch ihre Größe und ihren Umfang verbiete.

— Keine Behinderung im Güterverkehr mehr. Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. teilt mit: Die infolge des Eisenbahnstreiks eingetretenen Behinderungen im Güterverkehr sind überall nahezu völlig behoben. Im Direktionsbezirk Frankfurt a. M. werden Exportgut, Eilgut und Ladungen wieder befreit angenommen. Für Frachtführer auf den Bahnen nach und über Frankfurt a. M.

mal die merkwürdigsten und wunderbarsten Sprünge oder Verbindungen hervorrufen. Können durch geistige Disziplin in eine gewisse Ordnung gebracht werden. Leute mit Stedenpferden oder Liebschaften sind am besten daran, denn die "mühsamen" Gedanken werden sich hauptsächlich diesem Liebesgebiet zuwenden. Viele aber fürchten diese "Gedankenflucht", wenn man "an nichts denkt", und deshalb fürchten sie sich davor, mit ihren Gedanken allein zu sein, haben stets eine Konzentration für ihr Denken.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Harry Kahns Komödie "Der Ring" die im kleinen Schauspielhaus in Berlin gespielt wird, ist zur Aufführung für Skandinavien und Holland erworben worden. — Otto Ernst Hesse, der Verfasser des "Privilegs", hat eine neue Komödie "Der Bigamist" vollendet. — Gerhart Hauptmanns "Thiel, ein Drama: Der rote Kuckuck", Alfons Fodor Cohn ein altes deutsches Lustspiel: "Karoline". — Kom die drei jüngsten Kleist-Preis-träger Paul Gurl erheben zwei neue Stücke: "Das Spiel" und "Weltuntergang". Sämtliche Stücke gelangen durch Osterfeld u. Co., Berlin W. 15, zum Versand an die Bühnen.

Bildende Kunst und Musik. In den nächsten Wochen (6. bis 11. März) gelangt beim Kunstauktionshaus Rath, Lemperle (Köln) eine der umfangreichsten und ältesten Sammlungen japanischer Kleinplastik, die überhaupt in Deutschland noch existieren, zur Versteigerung. Sie stammt aus dem Besitz eines bekannten rheinischen Liebhabers und wird in einem mit 24 Quartetten in Lichtdruck ausgestatteten Katalog beschrieben. Aus dem reichen Inhalt der fast 2000 Nummern fassenden Sammlung sei besonders die Abteilung der Netze hervorgehoben, eine Kollektion, die außer der berühmten Brodhagens Sammlung sowohl in qualitativer wie quantitativer Hinsicht in Deutschland kaum ein Seitenstück haben dürfte. Von ähnlicher Bedeutung ist der Schwermetallbestand aus etwa 200 Schwermetallfiguren und mehreren Hundert Figuren von Antiken und Zwingen, die meisten in reich taufierter Arbeit. Intro, Radarbeiten, Jadearbeiten, Eisenarbeiten, Romai-Tauscherungen, Satsumagefäße, Bronzen und Silberarbeiten enthalten die übrigen Abteilungen des Versteigerungskatalogs. — Das Max-Reger-Archiv. Das den Namen Max Reger nach dem Meister an Manuskripten, Briefen, Musikalien usw. enthält, ist von der Witwe Regers der Münchener Staatsbibliothek geschenkt worden. Auch die Einrichtung des Arbeitszimmers des Komponisten ist der Staatsbibliothek geschenkt worden.

und Hanau-Ost wegen großer Ladereste noch gewisse Einschränkungen, worüber die Güterabfertigungsstellen Auskunft geben.

— Lebensmittelverteilungsamt. Laut einer Bekanntmachung des Magistrats werden wegen Umbaus des ehemaligen Museums das Lebensmittelverteilungsamt für Einwohner und Hotels, die Mischkette, das Lebensmittelverteilungsamt, das Vieh- und das Getreide- und Futtermittelamt in das Rathaus verlegt.

— Die Gerichtsstelle. Wie uns mitgeteilt wird, verläßt täglich für Ein- und Auszahlungen geöffnet von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr nachmittags. Für nicht eilige Fälle bleibt sie geschlossen allmonatlich am Revisionstag bis 10 Uhr und am vorübergehenden, im Monat April jeden Jahres an den drei vorübergehenden Tagen ganz. Revisionstag ist der 25. jeden Monats, falls dieser auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag fällt, der vorübergehende Feiertag.

— Die Winterjonne ist zwar gern gesehen, aber jungen Obstbäumen mit glatter, prall stehender Rinde kann sie verderblich werden. Der Sonnenbrand, der von Wunde zu Wunde an Kraft gewinnt, laßt die jungen Rinden an der Süd- und Westseite leicht auf. Nachts gefrieren sie wieder, und es gibt dann leicht Rindenbrand; Winterjonneknebel verdirbt oft mehr als Winterfalte, weshalb man glatte, junge Bäume möglichst durch Einbinden mit Stroh, Reifig oder alten Matten vor dem Wiederauftauen schützen soll.

— Zu der Mordtat in Born im Untertaunuskreis. Der vor etwa 14 Tagen wegen Mord, begangen an seinem Stiefvater in Born, verhaftete 22jährige Landwirt Wilhelm Beilstein wurde dem Gerichtsgefängnis in Wiesbaden als Untersuchungsgefangener überwiesen. Auf dem Transport dahin hat Beilstein dem ihn begleitenden Oberlandjäger Lange aus Langenbach eingestanden, daß er seinen 54-jährigen Stiefvater Lohaus mit der Gabel erschlagen habe, und zwar auf folgende Weise: Der Stiefvater, der an dem frühen Abend von Stedenroth gekommen war, geriet bei seiner Ankunft im Hof seiner Behausung mit Beilstein in Streit. Letzterer hatte dem Stiefvater nämlich mitgeteilt: "Du fütterst mir nach das ganze Vieh tot". Ein Wort gab das andere, worauf der Vater zum Stiefsohn griff, Beilstein jedoch zu einer Gabel, mit der er dem Stiefvater zweimal auf den Kopf geschlagen habe, worauf dieser getauert und umgefallen sei. Lohaus habe gejamert, Beilstein sei auf sein Zimmer, worauf Frau Lohaus zu dem Verletzten geeilt und ihren Sohn gerufen habe, sie trugen beide den Stiefvater ins Haus zu Bett, woselbst er kurz darauf verstorben sei. Der aus Langenbach nachherbeigerufene Arzt stellte schwere Verletzungen an der Schädeldecke und der Schädel des Lohaus fest, die den Tod herbeiführten. Der Gekerkte, der das Schandmordhandwerk erlernt hatte, stammte aus Stedenroth und hatte vor 17 Jahren die Witwe Beilstein geheiratet. In der Familie Lohaus war es öfters zu Streitigkeiten gekommen, und zwar deshalb, weil der Stiefvater Aniekt an der Hofreite haben wollte. Die Untersuchung in der Sache ist noch nicht abgeschlossen.

— Der Volksschullehrer als Studienrat. Für Studienräte und Studienrätinnen an den höheren Lehranstalten für die männliche und weibliche Jugend ist für die Verleihung von Auftrüdestellen in Gruppe 11 das Dienstalter im höheren Schuldienst maßgebend. Diese Bestimmung bedeutet eine Härte für die Kräfte, die aus dem öffentlichen Schuldienst an Volks- und Mittelschulen oder aus einer Stelle der Gruppen 7, 8 und 9 an den öffentlichen höheren Lehranstalten hervorgegangen sind. Der Minister hat deshalb jetzt bestimmt, daß diesen Lehrkräften die Dienstzeit im öffentlichen Schuldienst angerechnet wird, die zwischen der Vollendung des 20. Lebensjahres und dem Tage des Dienstalters im höheren Schuldienst liegt, so weit sie 10 Jahre übersteigt. Die Anrechnung geschieht auf Antrag mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 an. Dem öffentlichen Schuldienst gleichgestellt wird der Dienst an einer anerkannten privaten höheren Lehranstalt für die weibliche Jugend. Diese Verbesserung des Dienstalters im höheren Schuldienst gilt aber nur für die Verleihung einer Auftrüdestelle. Weitergehende Rechte können aus ihr nicht hergeleitet werden.

— Eingewinterter Gemüse müssen, je weiter es dem Frühjahr zugeht, desto öfter nachgegeben werden. Bei diesen Beschädigungen werden alle gelben und faulen Blätter sorgsam entfernt und alles Gemüse, das Reife zum Faulen zeigt, wird herausgenommen und der Küche zugeführt. Auch für gute Durchlüftung muß jetzt an frostfreien Tagen mehr gesorgt werden.

— Vom Sparen. Nach den Veröffentlichungen von Neuk in der "Sparkasse" weisen die Sparsparnisse bei den gesamten deutschen Sparkassen im Dezember mit 1650 Millionen die höchste Zunahme des Jahres auf. Im November und Oktober wurden 4 Milliarden abgehoben gegen 450 bis 500 Millionen in denselben Monaten der beiden Vorjahre. Im ganzen haben sich die Sparsparnisse im Jahre 1921 um 2,8 Milliarden vermehrt gegen eine Vermehrung von 6,2 und 4,6 Milliarden in den beiden Vorjahren.

— Mandolinen-Wettbewerb. Bei dem am Sonntag, den 12. Februar, in Mainz stattgefundenen Mandolinen-Wettbewerb des Verbandes mittelhessischer Mandolinen-Gesellschaften erhielt in der B-Klasse (Nichtverbandsmitglieder) der "Wiesbadener Mandolinen- und Lautenchor" (Dirigent Herr G. Spelucci) den 1. Ehrenpreis mit 148 Punkten. In der Mittelsklasse fiel mit 143 Punkten der 1. Preis an das Mandolinen-Quartett "Moria"-Wiesbaden und der 2. Preis in Klasse B an den Mandolinenklub "Tannhäuser", hier.

— Kassenhöchstpreise. Zu dieser Bekanntmachung für die wichtigsten mitgeteilt, daß die Eisenbahn-Scheine ab 1. März 1922 pro Zentner (nicht 54,80 M.) stehen.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

— Staatstheater. Das Märchenstück "Der Froschkönig" oder "Der eiserne Heinrich", das am Samstag, den 18. d. M., nachmittags, zum erstenmal im Großen Haus des Staatstheaters in Szene gehen soll, wird von Edward Neuberger inszeniert. — Die erste Aufführung der Streubühnen "Kleinlein Jule" und "Süßbitter" ist auf den 18. Februar festgesetzt. Die Inszenierung leitet Rudolf Koch.

Musik- und Vortragsabende.

— Kuchens. Am Dienstag (auch das 2. Volkssänger) der neuen "Zweiten Folge" dieser Veranstaltungen soll. Vermutlich in Verbindung unserer beiden hiesigen Dirigenten Hans Herr Hans Oppenheim aus Frankfurt an der Spitze des Karatechors: ein in weiten Kreisen unbekannter, noch sehr jugendlich aussehender Dirigent, der sich aber seiner Aufgabe im ganzen mit gut musikalischem Geschick entledigt. Die äußerliche Aufführung seiner: Stadtführung dürfte sich wohl mit der Zeit noch abhellen. Bei der Direktion der abendlichen "Kuchens" und den allen Tanzweisen, die besonders gern gebräut werden, wurde vom Orchester mit aller gebotenen Sorgfalt und Abstellung gesorgt. Daß die zum Schluss aufgeführte "Kuchens"-Sinfonie von Beethoven in ihrem klaren, kraftvollen Wesen und rhythmischen Überschwang wieder die fruchtbarste Bewegung in der Substanz auslöst, ist begreiflich. Die Ausführung unter Herrn Oppenheims Leitung zeigte hinreichend Schwung und der junge Dirigent wurde durch allgemeine Beifall ausgezeichnet. Er erwies sich auch als ein fähiger Akkompagnist des Solosolisten Herrn Paul H. H. H., der mit seinem recht sympathischen, wohlgeformten Bariton mehrere Lieder von Schubert, Schumann und Hugo Wolf zu Gehör brachte. Sein Vortrag, anfangs noch etwas reserviert, ließ bei den Wälfchen Gefühlen eine erhöhte Reife und Lebendigkeit der Empfindung erkennen: namentlich "Der Kuchens" und "Der Freund" erregten durch die Zartheit der Auffassung und geistreiche Gestaltungskraft.

